

40 Jahre **BIBB**



40 Jahre BIBB

Eine Chronik



Historie: Vom DATSCH zum BBF/BIBB

- 1908** Gründung des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen (DATSCH), der ersten Einrichtung in Deutschland, die sich systematisch und auf wissenschaftlicher Grundlage mit den Fragen beruflicher Bildung beschäftigte.
- 1920** Der 1. Lehrgang (Lehrgang für Maschinenbaulehrlinge) erscheint.
- 1939** Aus dem DATSCH wird per Erlass das Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe.
- 1945** Das ehemalige Reichsinstitut arbeitet als Institut für Berufsbildung in Berlin und wird unter treuhänderische Verwaltung gestellt.
- 1947** Die Leitung des Instituts für Berufsbildung in Berlin wird kommissarisch einem Funktionär aus der sowjetischen Besatzungszone, Bruno Ziesler, übertragen.
- 1947** Gründung einer „Arbeitsstelle für gewerbliche Berufserziehung“ in Dortmund und einer „Arbeitsstelle für kaufmännische Berufserziehung“ in München. 1951 werden die beiden Arbeitsstellen zur „Arbeitsstelle für Berufserziehung des Deutschen Industrie- und Handelstages“ mit Sitz in Bonn zusammengelegt.
- 1948** Die alliierte Kommandantur erteilt die Lizenz für das Institut für Berufsbildung als eingetragener Verein; es wird in den Ostteil der Stadt verlagert.
- 1950** Der Vorstand des Instituts löst den Verein auf und überträgt die Rechtsnachfolge auf das neu entstehende „Deutsche Zentralinstitut für Berufsbildung“ (DZfB) mit Dienstsitz in der Neuen Wilhelmstraße 9–11. Dieses wird Ende 1951 in das „Staatssekretariat für Berufsbildung“ eingegliedert. Offizielles Organ wird die 1947 gegründete Zeitschrift „Berufsbildung“.
- 1953** Aus der Arbeitsstelle für Berufserziehung des DIHT wird das Gemeinschaftsorgan von DIHT, BDI und BDA „Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung“ (ABB). Es arbeitet bis 1970/71 (nur für die Industrie) und wird in das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (BBF) überführt.



- 1953** Der Kölner Wirtschaftspädagogische Kreis veröffentlicht erste Gedanken zu einem Berufsbildungsgesetz.
- 1956** Ausgliederung des DZfB aus dem Staatssekretariat und Umbenennung in „Deutsches Institut für Berufsausbildung, 1964 in „Deutsches Institut für Berufsbildung – DIB“ und 1974 (bis 1990) in „Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR“ (ZIB).
- 1966** Das Gutachten von Blankertz, H.; Claessens, D.; Edding, F.: „Ein zentrales Forschungsinstitut für Berufsbildung? – Gutachten im Auftrag des Senators für Arbeit und soziale Angelegenheiten des Landes Berlin“ erscheint in Berlin. Die Gutachter schlagen vor, ein Forschungsinstitut in der Rechtsform einer Stiftung des privaten Rechts zu schaffen. Es soll interdisziplinär organisiert, überregional sowie unabhängig von einzelnen Behörden, Verbänden und Interessen sein.
- 1967** In der Großen Koalition setzen sich getrennte Regelungen für die Fragen der Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsförderungsgesetz) und der beruflichen Bildung (Berufsbildungsgesetz) durch. Das führt u. a. zur Gründung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit dem Ziel, die vielschichtigen Gegebenheiten auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Berufe zu erkennen, Tendenzen für zukünftige Entwicklungen abzuschätzen und die Ergebnisse für die Berufsberatung der Bundesanstalt (heute Bundesagentur) für Arbeit (BA) bereitzustellen.
- 1967** Das ZIB gibt die Zeitschrift „Forschung der sozialistischen Berufsbildung“ heraus. Sie erscheint bis 1990; im letzten Jahr als „Forschung zur Berufsbildung“.
- 1969** Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August (veröffentlicht) tritt zum 1. September 1969 in Kraft. Das Gesetz bezieht die betriebliche Berufsausbildung in das öffentliche Bildungswesen ein und regelt die gemeinsame Verantwortung der Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Planung und Durchführung der beruflichen Bildung. Es begründet die Berufsbildungsforschung in öffentlich-privater Partnerschaft und enthält in § 60 die Bestimmungen für die Errichtung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung (BBF).



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit



Putzter Teil
Berufsbildungsforschung
§ 60
Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung
(1) Für die Berufsbildungsforschung wird ein Institut als Bundesunfallfähiges Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet.
(2) Das Institut hat durch Forschung die Bedingungen der Berufsbildung zu klären, sie und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln, Förderung der Berufsbildung an die betriebswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten.
(3) Das Institut hat die Ergebnisse und Ziele der Berufsbildung ständig zu beobachten, zu untersuchen und auszuwerten. Die Forschungsergebnisse sind dem Bundesinstitut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu übermitteln.
(4) Die Deutsche Arbeitgebervereinschaft, die Deutsche Gewerkschaftenvereinschaft, die Deutsche Industrie- und Handwerksvereinschaft und die Bundesvereinschaft der Deutschen Arbeitgebervereinschaft, die Deutsche Arbeitgebervereinschaft, die Deutsche Gewerkschaftenvereinschaft und die Bundesvereinschaft der Deutschen Arbeitgebervereinschaft sind als Träger des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung zu bestellen.
(5) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(6) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(7) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(8) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(9) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(10) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(11) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(12) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(13) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(14) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(15) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(16) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(17) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(18) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(19) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(20) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(21) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(22) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(23) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(24) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(25) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(26) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(27) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(28) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(29) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(30) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(31) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(32) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(33) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(34) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(35) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(36) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(37) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(38) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(39) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(40) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(41) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(42) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(43) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(44) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(45) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(46) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(47) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(48) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(49) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(50) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(51) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(52) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(53) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(54) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(55) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(56) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(57) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(58) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(59) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(60) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(61) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(62) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(63) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(64) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(65) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(66) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(67) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(68) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(69) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(70) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(71) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(72) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(73) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(74) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(75) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(76) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(77) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(78) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(79) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(80) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(81) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(82) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(83) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(84) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(85) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(86) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(87) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(88) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(89) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(90) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(91) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(92) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(93) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(94) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(95) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(96) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(97) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(98) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(99) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.
(100) Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung ist ein öffentlich-rechtliches Institut.

Februar 1970

Der Hauptausschuss (HA) des BBF konstituiert sich mit 12 Mitgliedern (5 Arbeitgeber, 5 Gewerkschaften, 2 Bund) unter seinem (alternierenden) Vorsitzenden Wilhelm Herbst (BDA) und Felix Kempf (DGB). Der HA bestimmt Berlin als Sitz des BBF. An der Sitzung nimmt der zuständige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, teil.



Die berufliche Bildung wird erforscht
(FAZ, 22. Februar 1970)

WOLFF, 21. Februar 1970. Das im Bundesministerium vorgesehene Dagegen ist die Berufsbildungsforschung in Berlin errichtet werden. Der Sitz des Instituts, das wissenschaftliche Grundlagen für eine berufliche Gestaltung des beruflichen Bildungswesens erarbeiten soll, sowie auf der beruflichen Bildung des Tagelöhners, die im Bundesministerium in Bonn errichtet werden soll, ist im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Prof. Dr. Burkart Lutz, zum ersten Präsidenten des BBF. Er gibt sein Mandat im Juni zurück.

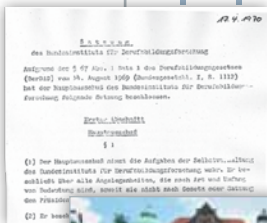
März 1970

Der Hauptausschuss wählt den Direktor des Instituts für Sozialforschung München, Prof. Dr. Burkart Lutz, zum ersten Präsidenten des BBF. Er gibt sein Mandat im Juni zurück.



April 1970

Der Hauptausschuss beschließt die Satzung des Instituts.



Juli 1970

Der Hauptausschuss wählt Prof. Dr. Hans-Joachim Rosenthal von der Universität Hannover zum Präsidenten. Als 1. Mitarbeiter wird der Leiter des Büros des Hauptausschusses, Amrats Decker, eingestellt. Mitarbeiter der 1. Stunde sind auch Klaus Pampus, Dr. Karl-Hermann Witte und Heinz Holz. Die Unterbringung erfolgt am Platz der Luftbrücke als 1. Dienstsitz und an der Gitschiner Straße.



1971

Im Haushaltsjahr 1971 wurden dem BBF insgesamt 131 Stellen genehmigt.

Die Haushaltsführung und das In-Ergebnis im Jahr 1971 wurden von den für zahlreiche Ausgabe-Titel bestehenden und zum Teil erst spät aufgehobenen Sperren entscheidend beeinflusst.

Übersicht zur Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 1971

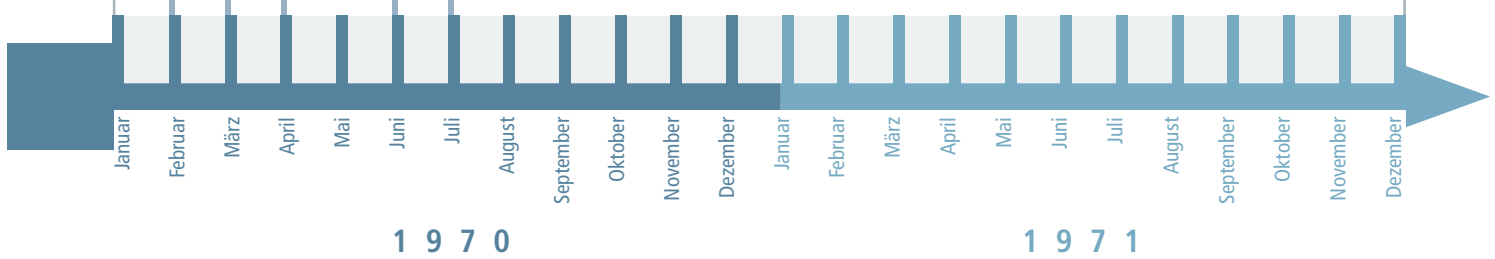
Zusammenfassung	Soll DM		Ist DM	
Wendungen an das BBF	6 999 600		5 289 494	
Wendungen an das BBF	3 098 900		2 574 306	
Wendungen an das BBF	1 440 700		1 064 026	
Wendungen an das BBF	1 565 000		1 275 866	
Wendungen an das BBF	895 000		375 295	
Summe	6 999 600		5 289 494	

Jahresbericht 1971
 des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung (BBF)
 Vorgelegt vom Präsidenten im April 1972



Im Jahr 1971 wurden dem BBF insgesamt 131 Planstellen, Stellen und für Lohnempfänger genehmigt. Von 77 Mitarbeitern am 1. Juni 1971 ist die Zahl auf 121 am 1. Oktober 1971 und auf 127 am 31. Dezember 1971.

Erstes Publikationsorgan des BBF werden die „Mitteilungen des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung“. Eine der ersten Veröffentlichungen ist 1971 auch das jährliche Forschungsprogramm.



1970

1971

1972 | 1973

1972

Der 1. Band der „Schriften zur Berufsbildungsforschung“ erscheint. In ihm ist ein Plädoyer für eine Reduzierung der Anzahl von industriellen Metallberufen enthalten. In 65 Bänden wird bis 1987 (Lernort Arbeitsplatz) die Forschungstätigkeit des BBF/BIBB präsentiert.



Mai 1972

Die ersten Mitarbeiter des BBF beziehen ihren langjährigen Dienstsitz in Berlin am Fehrbelliner Platz 3.



Juni 1972

Die 1. Ausgabe der „Zeitschrift für Berufsbildungsforschung“ als offizielles Organ des BBF erscheint. Sie enthält auch die Mitteilungen des Hauptausschusses.



B	Zeitschrift für
B	Berufsbildungs-
F	Forschung

Ich bestelle bis auf Widerruf ein Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preise von DM 22,- einschl. MWST und Porto (im Auslandsbezug DM 28,-)

Ich bin Student und bestelle bis auf Widerruf ein Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Sonderpreis von DM 15,- einschl. MWST und Porto. Studiennachweis füge ich bei.

Dezember 1972

Bundeskanzler Brandt überträgt die Zuständigkeit für die berufliche Bildung vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung auf den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft.

November 1973

Der Bundestagsausschuss für Bildung und Wissenschaft besucht das BBF und informiert sich über die ersten Forschungsergebnisse.



1973

Das 1. Heft der „Literaturinformationen zur Berufsbildungsforschung“ erscheint (ab 1979 als „Literaturinformationen zur beruflichen Bildung“). Die letzte gedruckte Ausgabe erscheint 2003.



1973

Für den Metallbereich und den Bereich Elektrotechnik/Elektronik entstehen Mehrmedien-systeme.



1972

1973



März 1974

Die Kommission „Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Aus- und Weiterbildung“ unter der Leitung von Prof. Edding legt ihr Gutachten vor und löst damit eine Kosten-, Ertrags-, Qualitäts- und Finanzierungsdiskussion der betrieblichen Berufsausbildung aus. Weiterführende Forschungsvorhaben lehnen die Arbeitgeber im Hauptausschuss ab.

Erst 1980 wird das 1. Projekt zur Kosten-erhebung beschlossen, später um Nutzenermittlungen erweitert und seither regelmäßig durchgeführt.



Februar 1975

Mit der Gründung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) in Berlin (ab 1995 in Thessaloniki) beginnt eine langjährige Zusammenarbeit zwischen BBF/BIBB und CEDEFOP.



März 1975

Bundesbildungsminister Helmut Rohde spricht vor dem Hauptausschuss und erläutert die Ziele seiner Berufsbildungspolitik, die u. a. eine Novellierung des BBiG mit einer Erweiterung der Aufgaben des BBF in ein Institut für Forschung und Entwicklung vorsieht.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes stehen folgende Neuregelungen:

- Einrichtung eines Bundesinstituts für Berufsbildung, in dem das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung und der Bundesausschuss für Berufsbildung zusammengefasst werden; dieses Institut ist für eine vorausschauende und koordinierende Planung der Entwicklung der beruflichen Bildung zuständig. Es soll als eine Art Selbstverwaltungsorgan arbeiten, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Bund und Länder gleichberechtigt beteiligt werden.
- Ausweitung des Geltungsbereichs des Berufsbildungsgesetzes auch auf bislang ausgesparte Bereiche wie etwa die Berufsausbildung im Handwerk.
- Aufnahme einer Finanzierungsregelung für die außerschulische Berufsausbildung, die auf ein modifiziertes Fondssystem (siehe S. 37 ff.) hinausläuft.
- Stärkerer Einbezug des beruflichen Bildungswesens in das allgemeinbildende Bildungssystem durch Vorschriften zur Anrechnung von schulischen Ausbildungsgängen in der berufli-



Oktober 1974

Der Bundesausschuss für Berufsbildung beschließt eine Empfehlung zu Kriterien und Verfahren für die Anerkennung und Aufhebung von Ausbildungsberufen. Sie bildet seither (mit einigen Änderungen und Ergänzungen) die Grundlage für die Neuordnung von Ausbildungsberufen.

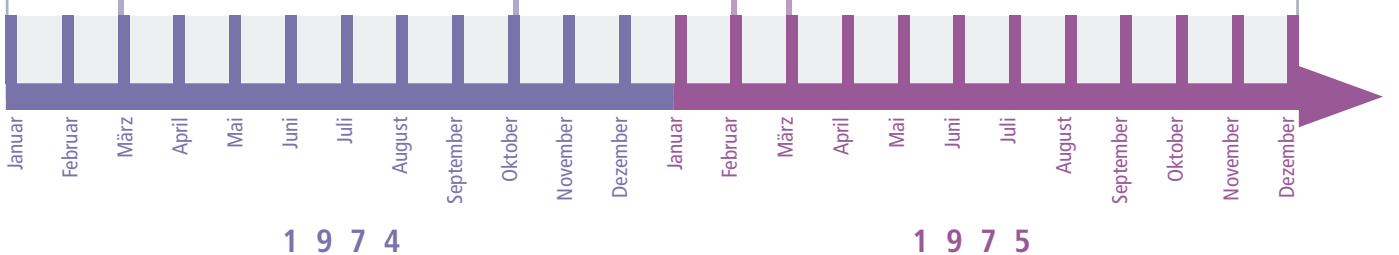


Die Zeitschrift für Berufsbildungsforschung wird in „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis – BWP“ umbenannt.

Rohdes Bedingungen für Lehrlingsausbildung

Mehr Ablehnung in der Union als bei Wirtschaft und Gewerkschaften
FAZ vom 10. März 1975

rnc. BONN, 9. März. Obwohl in den letzten Tagen eine Reihe von Stellungnahmen zum Reformentwurf der Bundesregierung für die berufliche Bildung vorgelegt wurden, lässt sich nicht absehen, ob die noch im Stadium des Referentenentwurfs befindliche Regierungsinitiative Rechtskraft erlangen wird. Das Institut sei ein „nutzloses Monstrum“, weil es den für die Berufsschulen zuständigen Ländern eine zweitrangige Rolle in einer Bundesinstitution zumute, für die das Bundesbildungsministerium auch noch die Weisungsbefugnis besitzen solle. Mit diesem Hinweis hat die Opposition die





April 1976

Der Bundestag verabschiedet am 9. April ein novelliertes BBiG mit der Koalitionsmehrheit von SPD und FDP. Am 14. Mai versagt die Unionsmehrheit im Bundesrat ihre Zustimmung. Daraufhin bringen die Fraktionen von SPD und FDP den Entwurf für ein (nach ihrer Auffassung) zustimmungsfreies Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen und die Errichtung eines Bundesinstituts für Berufsbildung (APIFG) ein. (1980 stellt das BVerfG fest, dass diese Auffassung falsch war.)

Die UdSSR erhebt Widerspruch gegen hoheitliche Aufgaben der Bundesregierung in West-Berlin. Die Bundesregierung erklärt, dass dem Institut für die Wahrnehmung dieser Aufgaben eine Dienststelle in Bonn errichtet wird. Der Protest wird zurückgezogen.



September 1976

Das APIFG tritt in Kraft (verkündet am 9. September 1976). Es hebt wesentliche Bestimmungen des alten BBiG auf und überführt das BBF in das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Neben die Forschungstätigkeit treten Entwicklungsaufgaben und die Erhebung einer Berufsbildungsabgabe. Dem BIBB werden 95 zusätzliche Stellen gewährt.

Dezember 1976

Verabschiedung des Hauptausschusses des BBF und Konstituierung des HA des BIBB mit 38 Mitgliedern (je 11 Arbeitgeber, Gewerkschafter, Ländervertreter sowie 5 Vertreter des Bundes mit 11 einheitlich abzugebenden Stimmen).

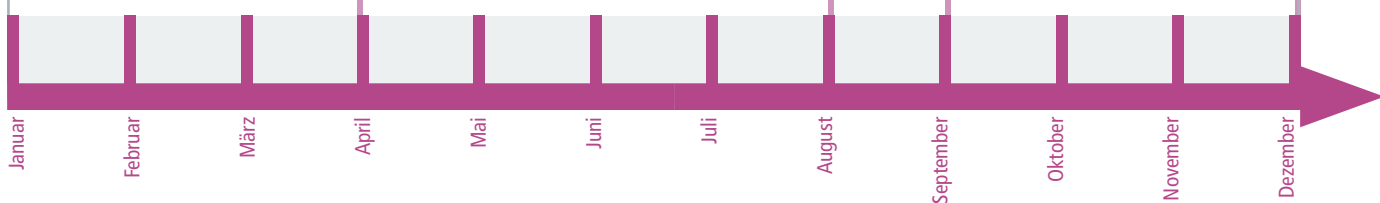


August 1976

Das Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) wird erlassen. Nach FernUSG müssen ab Juli 77 alle Fernlehrgänge überprüft und mit einem Gütesiegel versehen werden. Es regelt auch die Zuständigkeiten zwischen dem BIBB und der Zentralstelle für Fernunterricht.

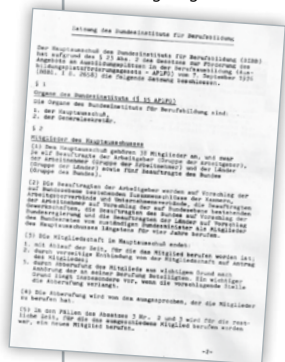


v. I. Karl Wilhelm Herbst, Helmut Rohde, Hermann Schmidt



März 1977

Der Hauptausschuss beschließt am 23.03 die Satzung des BIBB. Unter anderem wird festgelegt, welche Aufgabe das BIBB übernehmen muss, wenn die Bundesregierung wegen fehlender Ausbildungsplätze die Erhebung einer Berufsbil- dungsabgabe beschließt.



März 1977

Der erste vom BIBB mit erarbeitete Berufsbildungsbericht wird am 23.03 dem Hauptausschuss vom BMBW zur Beratung vorgelegt. Auf der Grundlage des Berichts wird eine im Gesetz als Kann- Vorschrift vorgesehene Aus- bildungsabgabe mehrheitlich abgelehnt. Die Bundesregierung verzichtet auf die Abgabe.



Juli 1977

Dr. Hermann Schmidt, bisher Beauf- tragter der Bundesregierung für das BIBB, wird zum neuen Präsidenten mit der Funktionsbezeichnung Generalsekretär ernannt. Minister Rohde lädt ihn ein, regelmäßig an seinen wöchentlichen Abteilungsleiterrunden teilzunehmen.



Die erste Fortbildungsregelung „Geprüf- ter Industriemeister für die Fachrichtung Metall“ wird dem BMBF als Muster für alle weiteren entsprechenden Regelungen im Fortbildungsbereich übergeben.



Juni 1977

Prof. Dr. Rosenthal, Präsident des vor- maligen BBF, tritt in den Ruhestand.



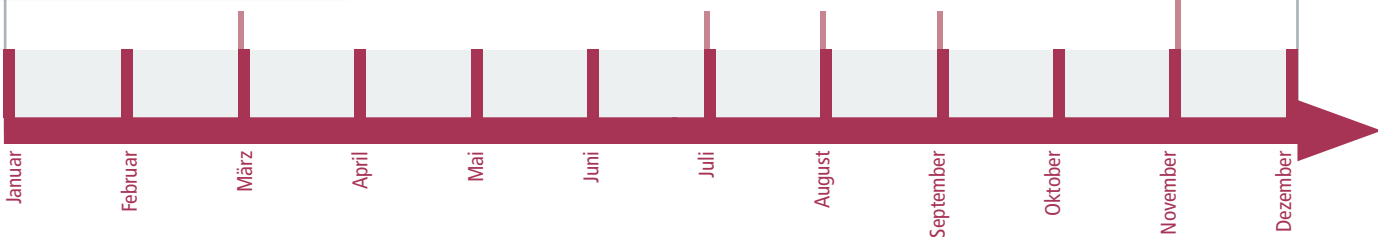
September 1977

Die 1. BIBB-Fachtagung findet in der Berliner Kongresshalle unter dem Thema: „Berufliche Bildung in Forschung und Praxis – Probleme und Lösungsansätze“ statt. Es nehmen über 1.000 Expertinnen und Experten teil.



November 1977

Das BMBW fordert das BIBB auf, dauerhaft an der internationalen Zusammenarbeit mitzu- wirken. Konkret geht es um die Mitwirkung in einer deutsch-französischen Expertenkom- mission zur Feststellung der Gleichwertigkeit deutscher und französischer Berufsabschlüsse.



Januar 1978

In der Friesdorfer Straße in Bonn wird ein zweiter Dienstsitz für die im APIFG neu vorgesehenen Bereiche Finanzierung, Planung und Statistik, Berufsbildungsbericht und Überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜAS) – später Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) – offiziell eröffnet. Die Förderung von ÜBS (heute auch Kompetenzzentren) wird zur Daueraufgabe des BIBB. Insgesamt hat das BIBB zu dieser Zeit 370 Beschäftigte, 310 in Berlin und 60 in Bonn.



BIBB-Eröffnung in die Friesdorfer Straße mit dem Vorsitzenden des BT-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft DR. Meinicke (SPD) 1978

Februar 1978



Prof. Dr. Matthias Rick wird zum Ständigen Vertreter des Präsidenten und Leiter des Forschungsbereichs im BIBB berufen.



März/Mai 1978

Bundesbildungsminister Schmude (li.) spricht vor dem Hauptausschuss und erläutert die Ziele seiner Berufsbildungspolitik. Bei seinem 2. Besuch informiert er sich über den Stand des Aufbaus der neuen Aufgaben nach APIFG.



April 1978

Eine Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit des BIBB mit der Zentralstelle für Fernunterricht der Länder (ZFU) in Köln. Das BIBB begutachtet Fernunterrichtslehrgänge; auf Basis der gutachterlichen Stellungnahmen vergibt die ZFU die entsprechenden Gütesiegel.



September 1978

Die MEDIENBANK des BIBB steht als Auskunft- und Informationssystem über Ausbildungsmittel/Unterrichtsmedien der beruflichen Bildung zur Verfügung. Im September 1978 verfügt sie über rund 1.700 Unterrichtsmedien.



November 1978

Gesamtmittel und IG Metall überreichen dem BIBB die „Eckdaten zur Neuordnung der Metallberufe“ und fordern, dass das BIBB die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen erarbeitet. Ein Jahr später folgt die Elektroindustrie. 1984 sind die entscheidenden Forschungsarbeiten abgeschlossen, 1987 startet die neue Ausbildung.

Industrielle Metallberufe: Neuordnung geht in die entscheidende Runde
Vor einer entscheidenden Runde steht die Neuordnung der 42 industriellen Metallberufe. Die vorbereitenden Arbeiten im Bundesministeriellen Berufsausschuss sind abgeschlossen. Die Berufsausschüsse der Länder sind ebenfalls mit der Neuordnung der Metallberufe beauftragt und arbeiten an den Eckdaten der Neuordnung. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind abgeschlossen.

Weiterentwicklung der industriellen Elektroberufe kommt voran
Die Weiterentwicklung der industriellen Elektroberufe ist im Bundesministeriellen Berufsausschuss im Gange. Am 1. März 1978 hat der Ausschuss für die Elektroberufe seine Arbeit aufgenommen. Die Eckdaten der Neuordnung der Elektroberufe sind im September 1978 fertiggestellt. Die Eckdaten der Neuordnung der industriellen Elektroberufe sind im September 1978 fertiggestellt.



Januar 1979

Prof. Dr. Rick legt dem Hauptausschuss eine neue Forschungskonzeption für das BIBB vor. Forschung und Entwicklung sollen personell nicht voneinander getrennt werden. Das Konzept der „integrierten Aufgabenwahrnehmung“ (wer forscht, arbeitet auch in Entwicklungsvorhaben) wird entwickelt.

Schmude bezweifelt Zahlen des Instituts für Berufsbildung
BONN, 1. April (AP). Mit einer scharfen Zurechtweisung hat Bundes-

Ärger mit Dr. Schmidt
Nervosität um das Lehrstellen-Angebot

Unseriöse Dunkelziffer?
Reu. „Kein selbstzufriedenes, aber doch

Die CSU fordert Auflösung des Institutes für Berufsbildung
BONN, 2. April (AP). Eine Auflösung des Bundesinstituts für Berufsbildung in Berlin hat der bildungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag Probst gefordert. Bundes-

März 1980

Das BIBB veröffentlicht Daten zur „Dunkelziffer“ der Jugendlichen, die in der jährlichen Bilanz des Berufsbildungsberichtes (Nachfrage nach/Angebot an Ausbildungsplätzen) nicht erfasst werden (ca. 70.000). Ein starkes Presseecho sorgt für eine nachhaltige Verstimmung zwischen BMBW und BIBB.

1980



Das BIBB veröffentlicht erstmals Daten zur tariflichen Ausbildungsvergütung von Auszubildenden, die seit Januar 1978 in einer Datenbank zusammengetragen werden.

Unionspolitiker entdecken immer neue Mängel

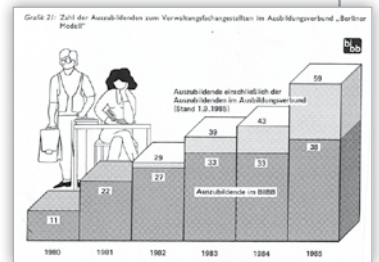
Die gesetzliche Absicherung des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung steht noch aus
Frankf. Rundschau 24. SEP. 1979
BONN. Bildungspolitiker der Union aus Bund und Ländern haben die Koalitionsfraktionen des Bundestages davor gewarnt, bei der abschließenden Beratung des Berufsbil-

Neues aus dem Ausbildungsbetrieb Bundesinstitut

Hauptaufgabe des BIBB ist es, die berufliche Bildung durch Forschung zu verbessern. Es wendet sich mit Forschungsergebnissen, Medien und Empfehlungen an die Ausbildungspraxis, es bildet aber auch selbst aus. 1980 wurden erstmals 11 Auszubildende für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten eingestellt; seit Beginn der Ausbildung besteht ein Ausbildungsverbund mit anderen Behörden in Berlin. Der Ausbildungsverbund ist seitdem kontinuierlich gewachsen, damit konnte bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung das Angebot an Ausbildungsplätzen erheblich gesteigert werden.

September 1980

Das BIBB beginnt mit der Ausbildung Jugendlicher zu Verwaltungsfachangestellten. Von 1980 bis 1999 wurden im Verbund mit 20 Bundes- und Landesbehörden in Berlin mehr als 500 Jugendliche im BIBB ausgebildet, seit 2000 in Bonn weitere 84 junge Menschen. Gegenwärtig befinden sich 25 Jugendliche in einer Ausbildung im BIBB.



November 1979

„Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland“

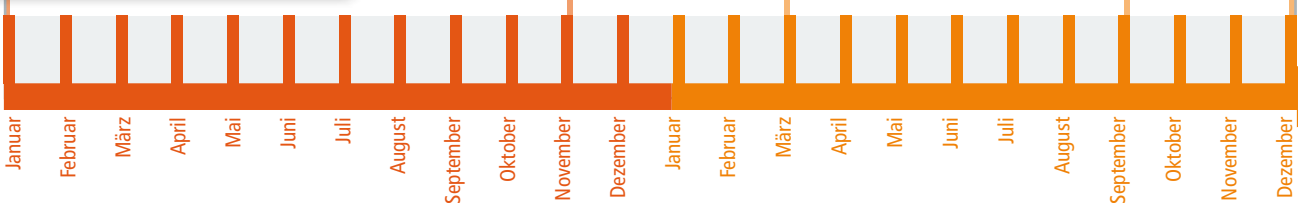


Fachtagung '79
des
Bundesinstituts für
Berufsbildung
Berlin
27.-28. November 1979

Fachtagung des BIBB zur Situation ausländischer Jugendlicher.

Dezember 1980

Das Bundesverfassungsgericht erklärt das APlFG von 1976 (10. Dezember 1980) für nichtig. Das BIBB fällt auf die Rechtsgrundlage BBiG von 1969 zurück. Der Hauptausschuss steht dabei geschlossen zum BIBB.



1979

1980

Januar 1981

Der Hauptausschuss wird wieder nach den Vorschriften des BBiG von 1969 berufen: je fünf Vertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften, je ein Vertreter des BMBW und des BMWi.

1981

Das BIBB veröffentlicht erstmals „Schaubilder zur Berufsbildung“, die auf der Grundlage des umfangreichen statistischen Materials des BIBB erstellt werden. Sie informieren bis heute über Entwicklungen in der Berufsbildung.



Juni 1981

Der BT-Ausschuss für Bildung und Wissenschaft lädt das BIBB zur Anhörung in Sachen „Berufsbildungsförderungsgesetz“ ein – die Vorsitzenden des Hauptausschusses sprechen sich für die Erhaltung des BIBB in der bisherigen Form (Arbeitgeber: ohne Umlagefinanzierung) aus.



August 1981

Der Bundesrechnungshof schlägt die Auflösung der Dienststelle Bonn vor. Der Vorschlag wird von Bildungsminister Björn Engholm zurückgewiesen.

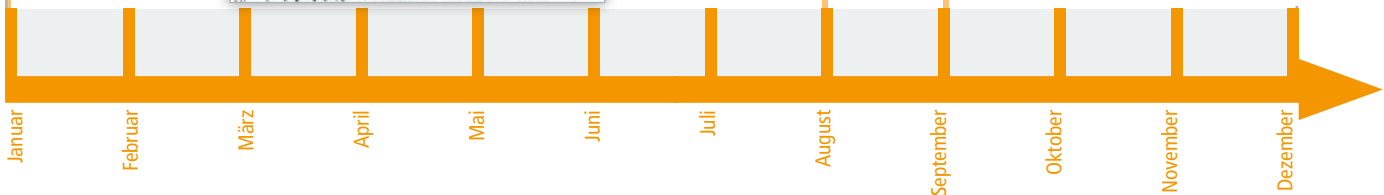
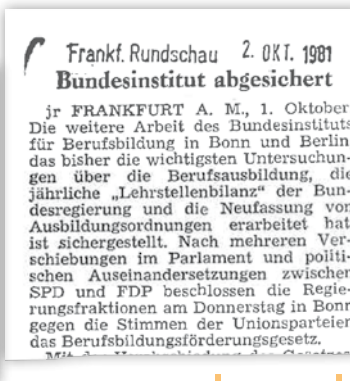
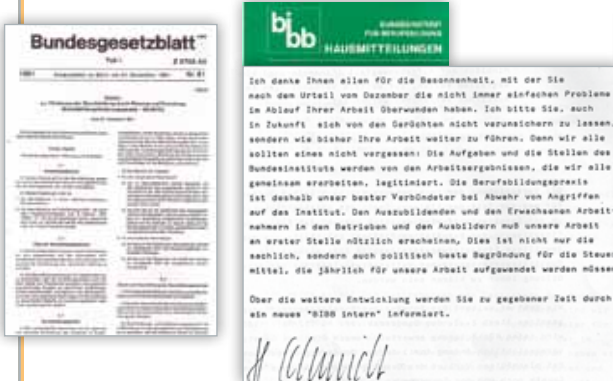


September 1981

Prof. Dr. Rick gründet den „Walberberger Kreis“, eine Gesprächsrunde von Wissenschaftlern, Politikern, Arbeitgebervertretern und Gewerkschaftern, die sich zur Diskussion des Themenkreises „Berufsbildung in unserer Gesellschaft“ zweimal jährlich im Kloster Walberberg trifft.

Dezember 1981

Das Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (BerBiFG) wird vom Bundestag verabschiedet (23. Dezember) und schafft wieder Rechtssicherheit für das BIBB. Die Regelungen des für nichtig erklärten APiFG über den Berufsbildungsbericht, die -statistik und über das BIBB werden dabei teilweise in modifizierter Form wiederhergestellt. Die „Planung, Errichtung und Weiterentwicklung von ÜBS“ wird zeitlich begrenzt. Auf eine Regelung „Berufsbildungsabgabe“ wird verzichtet. Die hierfür 1977 zur Verfügung gestellten Stellen werden gestrichen.



Dezember 1982

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms besucht die Sitzung des Hauptausschusses in Bonn und macht deutlich, dass sie vom BIBB tatkräftige Unterstützung bei den Bemühungen um zusätzliche Ausbildungsplätze erwartet. Einen Monat zuvor hatte sie sich schon in Berlin über die Arbeit des BIBB informiert.



April 1983

Bundeskanzler Kohl gibt eine sog. „Lehrstellen-garantie“ (Jeder, der will und geeignet ist, bekommt einen Platz!). Das BMBW bittet das BIBB um Unterstützung bei der Kampagne. Dieses entwickelt ein Informationssystem zur Vorbereitung von regionalen Ausbildungsplatzkonferenzen. Die Aktion stärkt die Position des BIBB in der neuen Regierung.



1983

Der Umweltschutz wird künftig als Ausbildungsprinzip in allen Ausbildungsordnungen verankert. 1984 kann der 1. Ausbildungsberuf im technischen Umweltschutz erlernt werden. Umweltschutz wird zum Arbeits- und Modellversuchsschwerpunkt des BIBB. Bis heute sind zahlreiche Veröffentlichungen zur Thematik erschienen.



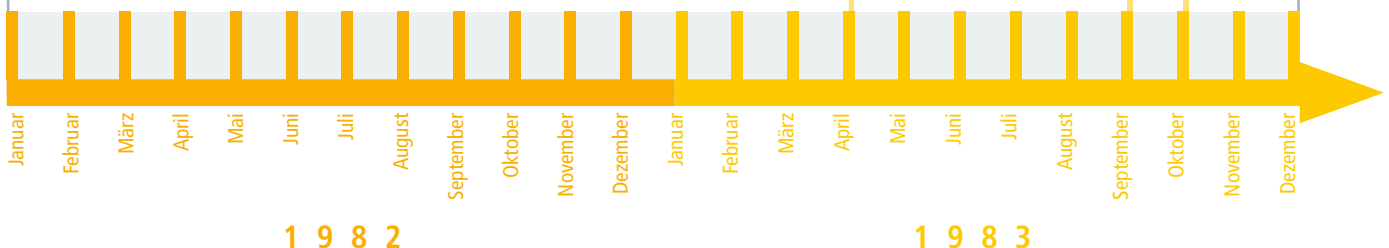
September 1983

Das BIBB erarbeitet mit externen Wissenschaftlern Szenarien der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland.



Oktober 1983

Das BIBB stellt dem chinesischen Bildungsminister seine Aufgaben vor. Gemeinsam mit dem BMBW wird ein erstes Konzept für ein chinesisches Forschungs- und Entwicklungsinstitut für berufliche Bildung entwickelt. Die Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung führt 1991 zur Gründung des Zentralinstituts für Berufsbildung in Peking und später der Regionalinstitute in Shanghai und Tjanjin.





Mai 1984

Das BIBB entwickelt erstmals Erläuterungen bzw. Praxis-hilfen für Ausbildungsordnungen. Heute stehen in der Reihe „Ausbildung gestalten“ für ca. 150 Ausbildungs-berufe solche Hilfen zur Verfügung.



Juli 1984

Das BIBB veröffentlicht eine erste Studie über die berufliche Bildung und berufliche Qualifikati-onen in der DDR als Hilfe bei der Anerkennung von entsprechenden Zeugnissen. 1990 erscheint ein zweiter Band mit der Beschreibung von DDR-Facharbeiterberufen und Empfehlungen zur Anerkennung.



Eine Studie über berufliche Bildung in der DDR

B. M. BONN, 12. Juli. Eine Studie über berufliche Bildung und Berufsqualifikationen in der DDR ist vom Bundesinstitut für Berufsbildung veröffentlicht worden. Sie gibt zugleich einen Überblick über die Entwicklung des Bildungswesens in der DDR und soll, wie das Institut meint, auch dazu beitragen, den Behörden die Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen zu erleichtern. In den vergangenen fünfzehn Jahren seien weit über 200 000 Personen aus der DDR in die Bundesrepublik zugezogen; allein in den ersten Monaten dieses Jahres über 25 000, vermerkt das Institut. Für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung sei die

Mai 1984

Der Hauptausschuss verabschiedet eine Empfehlung zur Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.



November 1984

Der Hauptausschuss beschließt die Medienkonzeption des Instituts, in der auf die Grundlagen für die Förderung der Bildungstechnologie durch Forschung sowie auf die Aufgaben und Vorgehensweisen eingegangen wird. Als Medien gelten u. a. Printmedien, audiovisuelle Medien, Experimentiersysteme und Übungsgeräte.



61 Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung 61

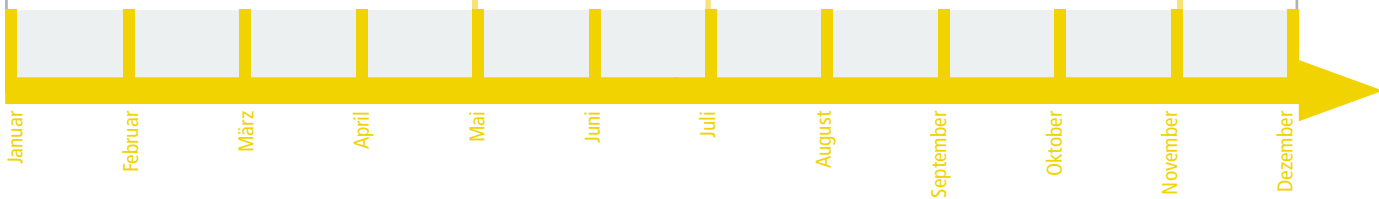
vom Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung

Beschlußdatum: 10./11. 5. 1984

Veröffentlichung: „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“, Heft 3/1984

Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung zur „Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung“ vom 11. Mai 1984

1. Die berufliche Bildung besitzt im Verhältnis zur allgemeinen Bildung einen eigenen Wert, der sich vor allem aus der Bedeutung ihrer spezifischen Bildungsgänge und qualifizierenden Abschlüsse im Beschäftigungssystem ergibt. Deshalb fordert der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung die Anerkennung der Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung. Er ist der Auffassung, daß bei der Anerkennung der Gleichwertigkeit die Andersartigkeit allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge zu respektieren ist und Berufsbildungsabschlüssen unter Wahrung ihres jeweiligen Eigenwerts gleiche Berechtigungen wie allgemeinen Bildungsabschlüssen zuzuerkennen sind.
2. Der Hauptausschuß ist deshalb der Auffassung, daß ein erfolgreicher Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf den Zugang zu schulischen und beruflichen Bildungsgängen und Laufbahnen eröffnen muß, die traditionell einen mittleren allgemeinbildenden Abschluß voraussetzen. Er empfiehlt der Bundesregierung, sich bei den Ländern für die Gleichstellung eines Abschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf von mindestens zweijähriger Ausbildungsdauer mit einem mittleren allgemeinbildenden Abschluß einzusetzen.



Januar 1985

Das BMW legt ein Aktionsprogramm „Neue Technologien in der beruflichen Bildung“ vor. Es sieht Forschungsprojekte, Modellversuche und flankierende Maßnahmen vor, aus dem sich zahlreiche Aufgaben – und damit zahlreiche Publikationen – für das BIBB ableiten.



Das BIBB übernimmt einen Teil der Aufgaben des Berufsbildungsförderungs-Zentrums (BFZ) Essen e.V., das im Dezember 1984 seine Tätigkeit aufgibt. Es werden Seminarpakete zu aktuellen Ausbildungsthemen entwickelt, die jeweils aus einem Referenten-Leitfaden, Teilnehmer-Unterlagen und einem Veranstalter-Info bestehen.

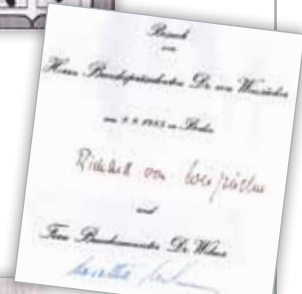


Bundesinstitut für Berufsbildung
Ausbilder-Förderung durch Seminarkonzepte für die Weiterbildung



März 1985

Auf Vermittlung der Handwerkskammer München führt die Leitung des BIBB ein Gespräch mit führenden CSU-Politikern über deren Forderung nach Auflösung des BIBB. Eine engere Zusammenarbeit des BIBB mit den Handwerkskammern des Freistaates Bayern wird vereinbart.



September 1985

Bundespräsident von Weizsäcker besucht in Begleitung von Bundesministerin Wilms das BIBB in Berlin und führt Gespräche über die Arbeit des BIBB. Der Besuch stärkt die Position des BIBB.



Kommission zur Untersuchung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Effizienz des Bundesinstituts für Berufsbildung
 Juli 1985 bis Juni 1986

Horst Albach
Ulrich Jacob
Oliver Amende
Barth W.



Juli 1985

Das BIBB wird von Juli 1985 bis Juni 1986 auf seine wissenschaftliche und wirtschaftliche Effizienz überprüft. Dazu wird eine Kommission unter Leitung von Prof. Dr. Horst Albach gebildet. Die „Albach-Kommission“ besteht aus Hochschulprofessoren unterschiedlicher Disziplinen sowie je zwei Sachverständigen der Arbeitgeber und Gewerkschaften.



DDR wünscht Erfahrungsaustausch

Berufsbildungsinstitute der DDR und der BRD berieten

Kolloquium über die Auswirkung von neuen Technologien

Bonn (ADN). Eine Delegation | schuf und durch praktische Erf...

Juli 1986

Die Evaluierungskommission legt ihren Abschlussbericht vor. Sie bescheinigt dem BIBB eine wichtige Arbeit im Bereich der Berufsbildungsforschung und schätzt die Ergebnisse als überwiegend akzeptabel ein. Die Beschränkung der Forschung auf die betriebliche Seite wird als „Geburtsfehler“ bezeichnet.



Oktober 1986

Zum 1. Deutsch-deutschen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der beruflichen Bildung treffen sich Vertreter des BIBB und des ZIB der DDR zu einem Kolloquium „Neue Technologien in der beruflichen Bildung“ im Berufsbildungszentrum der HWK Aachen in Simmerath.

v.l.
Dr. Michael Guder, Stellv. Direktor des Zentralinst. Platz für Berufs- bildung der DDR; der Gastgeber;
Prof. Dr. Günter Sören, Leiter des Wissenschaftsbereichs "Unterstütz" im ZIB;
Prof. Dr. Wolfgang Rudolph, Direktor des ZIB
aufgenommen vor einer CNC Drehmaschine in der Handwerks Kämmer Aachen am 16.10.86



Juni 1987

Dr. Helmut Pütz, bisher Referatsleiter für Grundsatz- fragen der Berufsbildung und der Berufsbildungspolitik im BMBW, wird zum Ständigen Vertreter des Präsidenten und Leiter des Forschungsbereichs berufen. Er folgt Prof. Dr. Rick, der im Februar aus dem BIBB ausgeschieden ist.



In Ost-Berlin findet der 1. UNESCO- Kongress für Berufliche Bildung statt – Gelegenheit für ein weiteres Treffen zwischen Vertretern des BIBB und des ZIB.

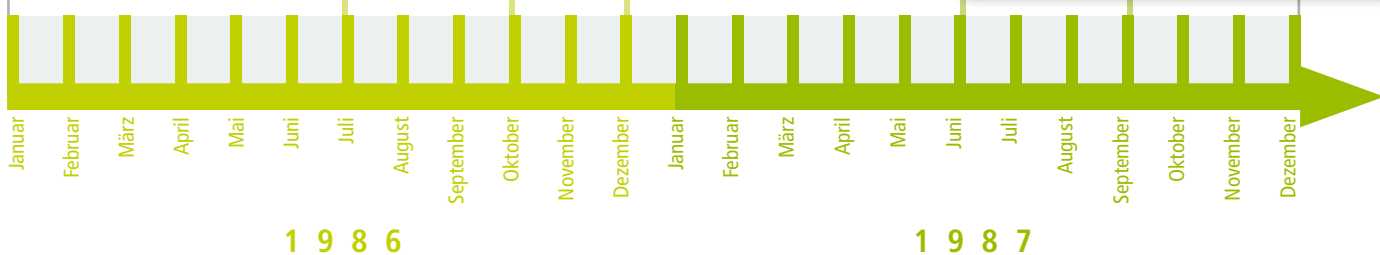
Dezember 1986

Durch Änderung des BerBiFG bleibt das BIBB für die Aufgabe zuständig, die Bundesregierung bei der Planung, Errichtung und Weiterentwicklung von ÜBS zu unterstützen. Gleichzeitig wird die Förderung von Modellvorhaben im außerschulischen Bereich durch das BIBB auf eine eindeutige Rechtsgrundlage gestellt.



September 1987

Bundesminister Jürgen W. Möllemann spricht vor dem Hauptausschuss in Berlin über seine Stellungnahme zur Evaluierung des BIBB. Er bekundet seine Absicht, die Stellung des BIBB zu stärken und ein wissenschaftliches Beratungsgremium zu berufen.

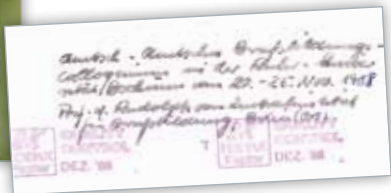


November 1988

Das 2. Deutsch-deutsche Kolloquium über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung findet an der Ruhr-Universität Bochum statt.



Prof. Dr. Rudolph (Direktor des ZIB), Prof. Dr. Schmidt (Präsident des BIBB)



Das BIBB und das IAB verstärken ihre wissenschaftliche Zusammenarbeit. Das ist auch der Beginn des Aufbaus einer Literaturdatenbank Berufliche Bildung.

April 1989

Das BIBB übernimmt die nationale Koordination des 1. europäischen Bildungsprogramms PETRA; später folgen weitere europäische Bildungsprogramme.

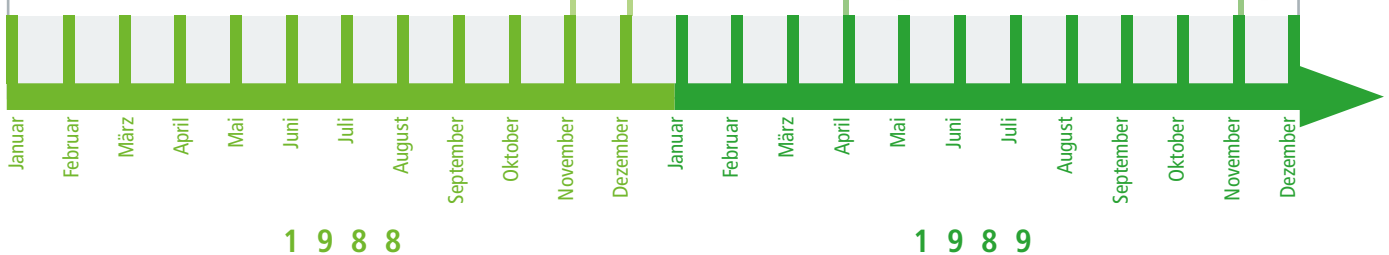
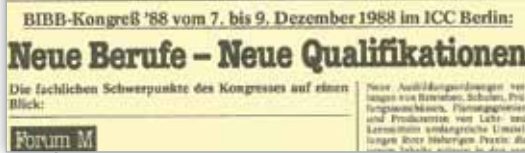


November 1989

Die Mitarbeiter des Zentralinstituts für Berufsbildung (ZIB) übergeben dem Ministerrat der DDR ihre „Grundlegenden Positionen zur Gestaltung der Berufsbildung im Zuge der Bildungsreform in der DDR“, um damit einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion zu leisten.

Dezember 1988

Der 1. BIBB-Fachkongress findet mit 1.500 Teilnehmern/-innen im Berliner ICC zum Thema „Neue Ausbildungsberufe in der Praxis“ statt.



1990

Januar 1990

Eine Delegation des BIBB (A) besucht das ZIB (B) der DDR. Beide Institute liegen nur knapp sieben Kilometer voneinander entfernt. BIBB und ZIB treffen eine Vereinbarung über eine enge Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Beide Institutszeitschriften informieren über die Ergebnisse.



bi bb Pressemitteilung
 BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG
 7/90 Berlin/Bonn, den 22.02.1990
Bundesinstitut für Berufsbildung und Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR vereinbaren enge Zusammenarbeit
 Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Zentralinstitut für Berufsbildung (ZIB) der DDR werden in Zukunft in den zentralen Fragen der beruflichen Aus- und Weiterbildung intensiv zusammenarbeiten: Dies teilten der Direktor des ZIB, Prof. Dr. Wolfgang Rudolph, sowie der Generalsekretär des BIBB, Dr. Hermann Schmidt, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 21. Februar 1990 im BIBB Berlin mit.

Oktober 1990

Aus Anlass seines 20-jährigen Bestehens veranstaltet das BIBB in der Berliner Staatsbibliothek eine Tagung zum Thema „Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich“.



Mai und Juli 1990

Das Gesetz über die Inkraftsetzung des BBiG der Bundesrepublik Deutschland in der DDR vom 19. Juli 1990 sieht eine weitreichende Angleichung an das Recht der Bundesrepublik vor.

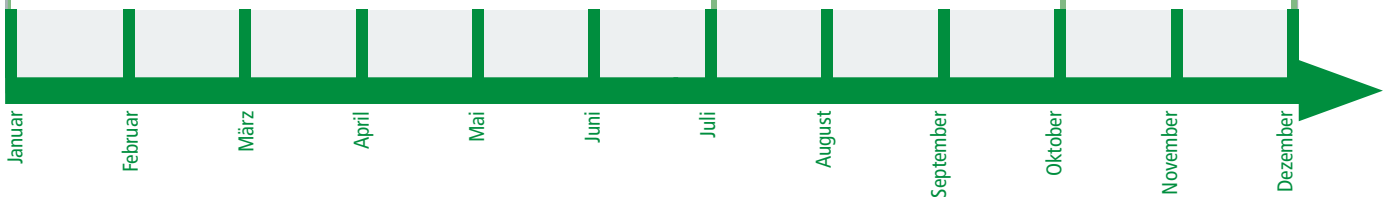
Das BIBB veröffentlicht in dieser Zeit mehrere gemeinsame Publikationen mit dem ZIB, die die deutsch-deutsche Zusammenarbeit erleichtern sollen.

Bundesinstitut für Berufsbildung Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR	Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR Bundesinstitut für Berufsbildung	Bundesinstitut für Berufsbildung Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR
Begriffe der Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik	Facharbeiterberufe der Deutschen Demokratischen Republik und gegenüber vergleichbare Ausbildungsberufe der Bundesrepublik Deutschland	Adressenverzeichnis für die Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik
Sonderveröffentlichung	Sonderveröffentlichung	Sonderveröffentlichung



Dezember 1990

Das ZIB beendet im Zuge der Deutschen Einheit seine Arbeit. Die letzte Ausgabe der Zeitschrift „Forschung zur Berufsbildung“ 6/1990 erscheint.



1990

1991

Januar 1991

30 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZIB nehmen nach einem Bewerbungsverfahren im November 1989 zum 1. Januar 1991 ihre Tätigkeit im BIBB auf.



Mai 1991

Prof. Dr. Rainer Ortleb, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, spricht vor dem Hauptausschuss in Berlin; die Sitzung befasst sich mit der beruflichen Bildung in der ehemaligen DDR.



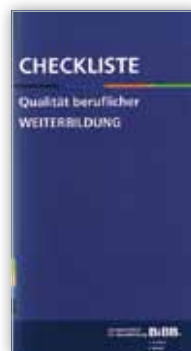
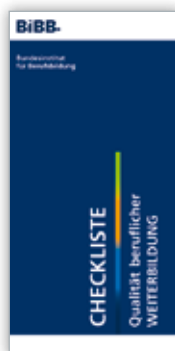
GEPLANTER UMSETZUNGSPLAN BONN

Einrichtung	Beschäftigte
von Berlin	
Bundesgesundheitsamt	3000
Bundesarchiv (Außenstelle)	900
Bundesauskunftsbüro	450
Bundesarchiv für das Technische Museum	400
Bundesbibliothek	300
Bundesinstitut für das Versicherungswesen	250
Bundesinstitut für Berufsbildung	250
Bundesministerium	200
Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (Ausschüsse)	180
Bundesamt für Statistik	167
Bundesrechnungswesen	127
Statistisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung	77
Bundesrechnungswesen für Landeskassen und Baumaterialien (Ausschüsse)	15
von Düsseldorf	
Deutsche Postbank	500
von Frankfurt	
Zentralstelle für Arbeitsvermittlung	500
Bundesrechnungswesen	400
Bundesamt für arbeitsmarktpolitische Steuerung	350
Historische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes	80
Deutsche Gesellschaft für Ernährung	20

Die Föderalismuskommission beschließt, als Ausgleich für den Verlust des Parlamentsitzes und von Regierungsfunktionen mehrere Bundeseinrichtungen mit insgesamt ca. 11.000 Mitarbeitern nach Bonn zu verlegen. Betroffen ist auch das BIBB.

1991

Die 1. Auflage der Checkliste „Qualität beruflicher Weiterbildung“ erscheint und wird zum Dauerbrenner. Bis 2008 (6. Auflage) werden über 100.000 Exemplare gedruckt. Die Prüfliste unterstützt Weiterbildungsinteressierte bei der Entscheidung für eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme.



Juni 1991

Die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungnetz“ (AG BFN) durch das BIBB, die Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft und das IAB wird vereinbart.



1991

1992 | 1993

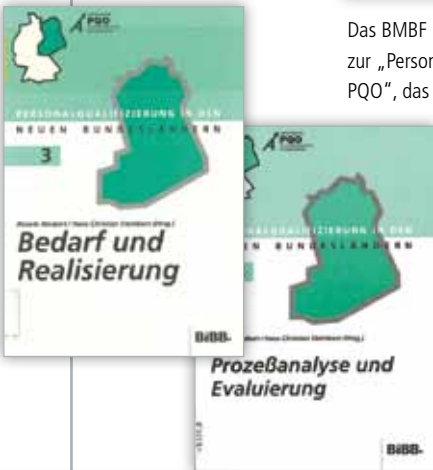
September 1992



Das BMBF überträgt dem BIBB das „Programm zur Förderung der beruflichen Bildung in Mittel- und Osteuropa – TRANSFORM“. Das BIBB unterstützt fortan elf Staaten bei der Reform ihrer Berufsbildungssysteme.

1992

Das BMBF überträgt dem BIBB das Programm zur „Personalqualifizierung in Ostdeutschland – PQO“, das insbesondere auf die Qualifizierung des Ausbildungspersonals zielt und im Jahre 2000 ausläuft.



Forschungsnetz AG BfN



Zahlreiche Institutionen der deutschen Berufsbildungsforschung haben sich in der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschung zusammengeschlossen.

März 1993

Das „1. Forum Berufsbildungsforschung“ der AG BfN findet in der Universität Oldenburg zum Thema „Stand und Perspektiven der Berufsbildungsforschung“ statt.

Mai 1993

Der Hauptausschuss des BIBB tagt in Brüssel und informiert sich über die Berufsbildungspolitik der Europäischen Union.



Dezember 1993

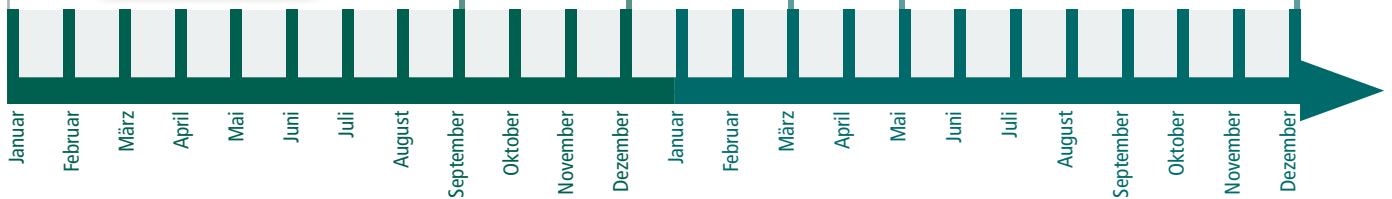
Das 2. Gesetz zur Änderung des BerBifG v. 23. Dezember 93 passt die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses an die durch die Wiedervereinigung größere Zahl der Bundesländer an: je 16 Beauftragte der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Länder sowie 5 Beauftragte des Bundes mit 16 (einheitlich abzugebenden) Stimmen. Des Weiteren werden u. a. die internationalen Aktivitäten des BIBB auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Dezember 1992

Der 2. BIBB-Fachkongress „Neue Berufe – Neue Qualifikationen“ findet im ICC in Berlin statt. 3.000 Teilnehmer/-innen diskutieren in 8 Foren und 24 Arbeitskreisen.



Sitzung des Hauptausschusses 2001 im Langen Eugen



1 9 9 2

1 9 9 3

1994

Das erste mittelfristige Forschungsprogramm des BIBB mit drei Forschungsprioritäten wird verabschiedet:

1. Mobilitätspfade und berufliche Karrierewege
2. Neue Berufe – Neue Beschäftigungsfelder
3. Individualisierung und Differenzierung beruflicher Bildungsgänge



Mai 1995

Das BIBB wird mit der Durchführung des EU-Berufsbildungsprogramms LEONARDO DA VINCI beauftragt. Das Programm fasst die Vorläuferprogramme PETRA II, FORCE, COMETT, EUROTENET, IRIS und LINGUE zusammen.



April 1994

Das Bonn-Berlin-Gesetz vom 26. April 1994 ändert das BerBIFG und legt die Verlagerung des BIBB nach Bonn „dem Grunde nach“ fest.

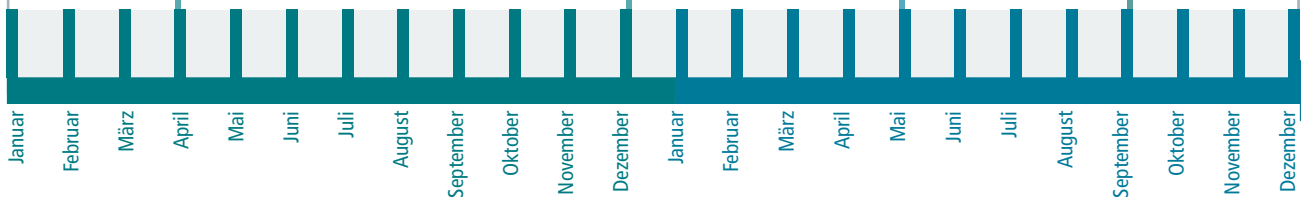


September 1995

Das BIBB begeht sein 25-jähriges Bestehen mit einer Festveranstaltung in Berlin zum Thema „Forschung im Dienst von Praxis und Politik“.

Dezember 1994

Das BIBB übernimmt Beratungsleistungen innerhalb eines Weltbankprojektes, das auf die Entwicklung und Einführung von nationalen Berufsstandards sowie Prüfungs- und Zertifizierungsverfahren in der Türkei zielt. Das BIBB hat dabei neben der Beratungsfunktion auch die volle Projektverantwortung (Projekt bis 2002).



1994

1995

1996 | 1997

Februar 1996

Der Verein „Innovative Berufsbildung e. V.“ wird gegründet. Er vergibt ab 1997 jährlich den Hermann-Schmidt-Preis, mit dem besondere Leistungen aus ausgewählten Bereichen der Berufsbildung ausgezeichnet werden.



v. l. H. Schmidt, H. Pütz, W. A. Bertelsmann, R. Weiß



August 1996

Das BIBB geht mit eigener Homepage ins Internet.



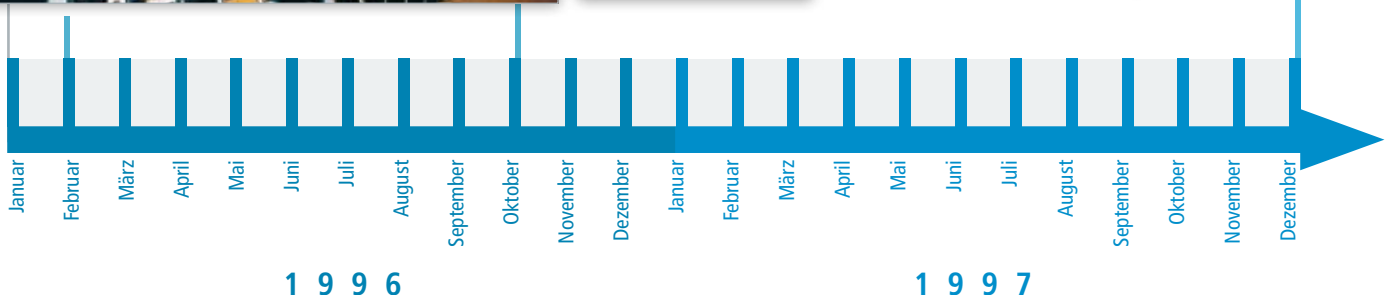
Oktober 1996

Der 3. BIBB-Fachkongress „Berufliche Bildung – Kontinuität und Innovation“ findet in Berlin statt. In 10 Foren mit 18 Arbeitskreisen informieren sich ca. 2.400 Teilnehmer/-innen über neue Entwicklungen in der Berufsbildung.



Dezember 1997

Prof. Dr. Hermann Schmidt wird als langjähriger Präsident des BIBB in den Ruhestand verabschiedet. Im November erhält er aus den Händen von Staatssekretär Helmut Stahl, BMBF, das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.



Januar 1998

Dr. Helmut Pütz wird neuer Präsident des BIBB. Walter Brosi, bisher BMBF, wechselt als Leiter des Forschungsbereichs und Ständiger Vertreter des Präsidenten in das BIBB.

Ernennungsurkunde an
Generalsekretär des BIBB
überreicht



Am 3. März 1999 erhält Pütz von Staatssekretär Dr. Thomas, BMBF, die neue Ernennungsurkunde des Bundespräsidenten.



Für das BIBB treten eine neue Aufgabendefinition und eine neue Aufbauorganisation in Kraft. Folge sind eine organisatorische Straffung sowie die Einrichtung einer „Task Force“ als Beratungshilfe für die Berufsbildungspraxis und die Bundesregierung.

April 1999

BIBB und UNESCO unterzeichnen anlässlich des 2. Internationalen Kongresses für Berufsbildung in Seoul einen Kooperationsvertrag (Foto: 2. v. l. Colin N. Power, stellv. Generalsekretär für Bildung der UNESCO).



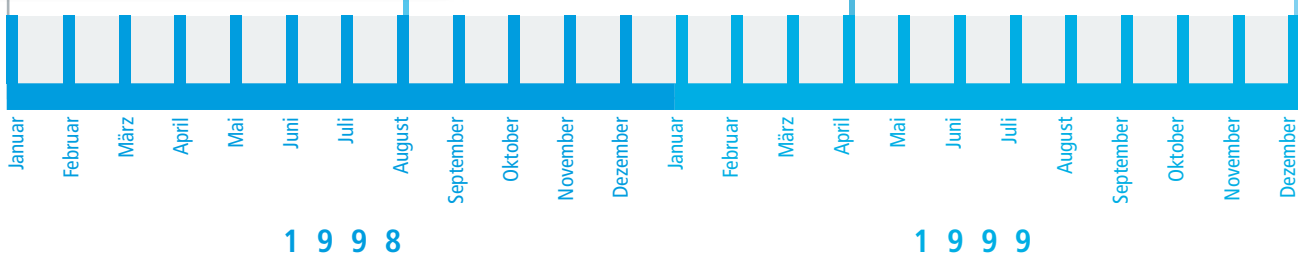
August 1998

Das Informationssystem Aus- und Weiterbildungsberufe (A.W.E.B.), das über bestehende Aus- und Weiterbildungsberufe sowie über Arbeiten zur Neuordnung berichtet, geht online.



September 1999

Im Rahmen des Bonn-Berlin-Ausgleichs wird das BIBB am 1. September nach Bonn verlagert und mit dem Bonner Institutsteil (ca. 60 Beschäftigte) im ehemaligen Abgeordnetenhaus „Langer Eugen“ zusammengeführt. Rund 160 von 370 Berliner Beschäftigten kommen mit an den Rhein, rund 190 Beschäftigte kommen hinzu, vor allem aus dem Bonner Bundespresseamt – dem Personal-tauschpartner des BIBB.



Januar 2000

Einrichtung der „Nationalen Agentur Bildung für Europa (NA)“ beim BIBB. Die NA stellt das gemeinsame Dach der Agenturen für das Programm LEONARDO DA VINCI und für Teile des Programms SOKRATES dar.



Mai 2000

Das BIBB feiert sein 30-jähriges Bestehen im Bonner „Haus der Geschichte“ mit der Fachtagung „30 Jahre Berufsbildungs- und Arbeitsförderungsgesetzgebung – 30 Jahre BIBB“. Dazu legt es seinen Forschungsstand, seine Vorschläge und Forderungen für eine Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in Form der „BIBB-Agenda 2000plus“ vor.



Das BIBB vergibt erstmals den Weiterbildungs-Innovations-Preis (WIP). Damit werden jährlich innovative Qualifizierungskonzepte in der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung ausgezeichnet.



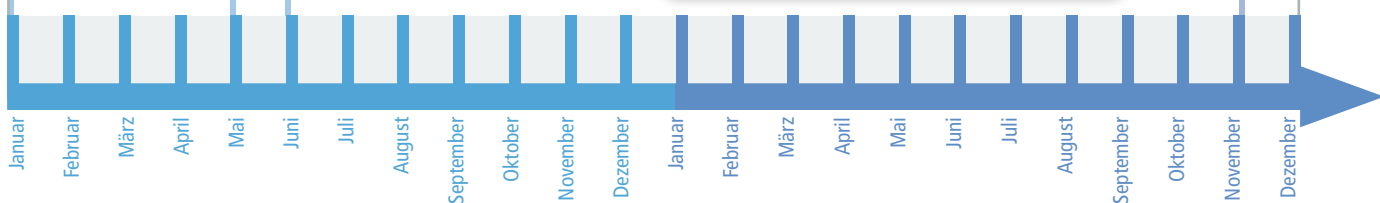
Juni 2000

Das „Good Practice Center Benachteiligtenförderung (GPC) im BIBB“ wird als zentrale Stelle für den Transfer in der Benachteiligtenförderung eingerichtet. Im Dezember 2001 folgt die „Initiativstelle berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten (IBQM)“.



November 2001

„iMOVE – International Marketing of Vocational Education“ beim BIBB wird gegründet. iMOVE unterstützt deutsche Weiterbildungsanbieter bei der Erschließung internationaler Bildungsmärkte.



2002 | 2003

Juni 2002

Das BIBB zieht aufgrund der Sanierung des „Langen Eugen“ in die Friedrich-Ebert-Allee 38. Im November 2003 erfolgt dann ein erneuter Umzug an den aktuellen Dienstsitz, Robert-Schuman-Platz 3.



September 2002

Die Pilotphase des „Kommunikations- und Informationssystems Berufliche Bildung“ (KIBB) im BIBB beginnt. KIBB fördert die Vernetzung innerhalb der Berufsbildungsforschungsgemeinschaft und unterstützt dabei insbesondere den Wissens- und Informationstransfer innerhalb der AG BFN.



Oktober 2002



Der 4. BIBB-Fachkongress „Berufsbildung für eine globale Gesellschaft – Perspektiven im 21. Jahrhundert“ wird von Bundespräsident Johannes Rau eröffnet. Er findet in 11 Foren und 43 Arbeitskreisen mit ca. 2.500 Teilnehmer/-innen im ICC in Berlin statt.



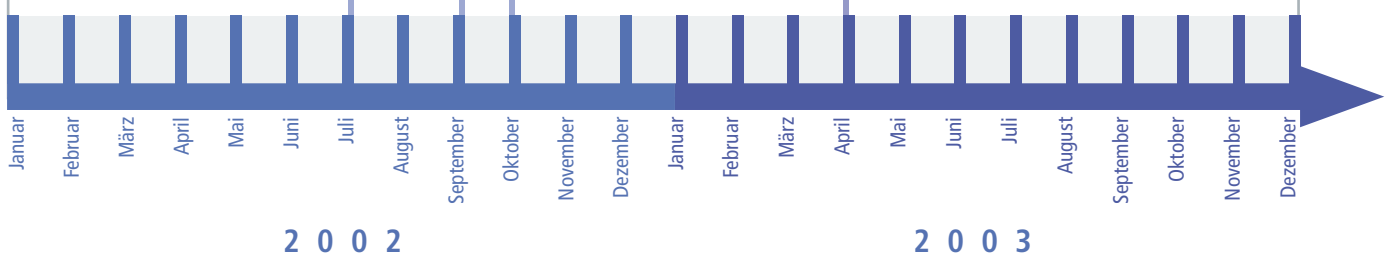
Juli 2002

Das neue Internetportal „foraus.de“ – ein virtuelles Forum für Ausbilderinnen und Ausbilder – soll insbesondere die Berufsbildungspraxis unterstützen.



April 2003

Das BIBB wird mit der Durchführung des Programms STARegio (Strukturverbesserung der Ausbildung in ausgewählten Regionen) beauftragt. Es soll die Schaffung neuer Ausbildungsplätze fördern.



Januar 2004

Das BIBB feiert seinen Einzug am Robert-Schuman-Platz.



April 2005

Das Berufsbildungsreformgesetz – die Novellierung und Zusammenfassung des früheren BBiG und des Berufsbildungsförderungsgesetzes – tritt zum 1. April in Kraft (verabschiedet am 23. März 2005).

Das reformierte BBiG führt u. a. zu einer Verringerung der Mitglieder und der Gremienzahl im Hauptausschuss.



Juli 2005

Wechsel der Institutsleitung: Neuer Präsident wird Manfred Kremer, bisher BMBF. Als Forschungsdirektor und Ständiger Vertreter des Präsidenten folgt im September Prof. Dr. Reinhold Weiß vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft. Prof. Dr. Helmut Pütz, sein Stellvertreter Walter Brosi und Abteilungsleiter Folkmar Kath scheidern aus; Pütz und Kath gehen in den Ruhestand, Brosi wechselt ins BMBF.



Juni 2004

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn führt mit den Mitgliedern des Hauptausschusses im Bundespresseamt in Berlin einen Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung.



Juli 2004

Beginn eines Evaluationsverfahrens durch den Wissenschaftsrat unter Leitung von Prof. Schluchter, Universität Heidelberg. In dem im November 2005 vorgelegten Evaluationsbericht erhält das BIBB Lob, Kritik und Empfehlungen für die Weiterentwicklung seiner wissenschaftlichen Arbeit. 2010 legt das BIBB seinen Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen vor.



November 2005

Der neu geschaffene Wissenschaftliche Beirat des BIBB konstituiert sich. Ihm gehören 7 anerkannte Fachleute auf dem Gebiet der Berufsbildungsforschung aus dem In- und Ausland an, die auf 4 Jahre bestellt werden. Vorsitzender wird Prof. Dr. Dieter Euler, Universität St. Gallen.



2004

2005

Januar 2006

Das BIBB wird vom BMBF mit der Durchführung des Ausbildungsstrukturprogramms „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ beauftragt. Hauptaufgaben sind: Bündelung bisheriger Programme, Förderung in den Regionen; Unterstützung für die Betriebe sowie Unterstützung bei der Umsetzung des neuen BBiG.



Januar 2007

Die Nationale Agentur „Bildung für Europa“ beim BIBB wird mit der Koordinierung der Programme LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG im Rahmen des neuen EU-Bildungsprogramms für Lebenslanges Lernen beauftragt.



September 2006

Die Mitarbeiter/-innen des BIBB verabschieden nach intensiver Diskussion ihr neues Leitbild. Vorausgegangen war im Juni eine neue Organisationsstruktur.



April 2007

Der BIBB REPORT startet als neue Publikationsreihe und veröffentlicht zeitnah aktuelle Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem BIBB für eine breite (Fach-) Öffentlichkeit.



Leitbild des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

Forschen – Beraten – Zukunft gestalten

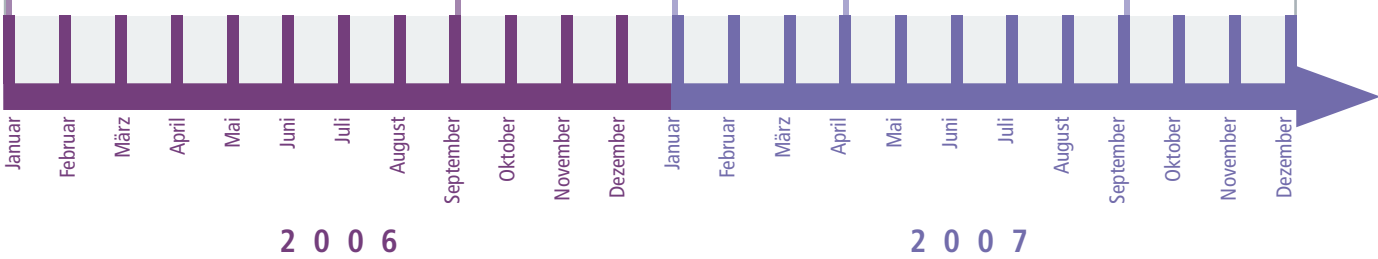
Mit diesem Leitbild beschreiben wir unsere Grundtendenzen und Ziele. Wir wollen das BIBB für die Herausforderungen stärken und dabei auf unserer erfolgreichen Arbeit aufbauen. Das Leitbild richtet sich an uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist Grundlage für die Zusammenarbeit mit Politik, Praxis und Wissenschaft. Das Leitbild gibt eine Orientierung für notwendige Veränderungsprozesse und konkrete Umsetzungsprojekte. An ihrer Gestaltung beteiligen wir uns mit unseren vielfältigen Kompetenzen.

- Wir wirken maßgeblich bei der Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems mit. Berufsbildung ist ein Schlüssel zur Persönlichkeitsentwicklung, zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie zur Sicherung der Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen uns für eine umfassende und hochwertige berufliche Bildung für alle ein. Durch unsere Arbeit fördern wir offene und durchlässige Bildungswegen, das Lernen im Lebensverlauf und die individuelle berufliche Entwicklung. Wir regen Innovationen in der beruflichen Bildung an und fördern deren Umsetzung in die Praxis.
- Wir stimmen unsere strategischen Ziele mit unseren Partnern von Bund, Ländern und Sozialpartnern ab. Wir arbeiten auf gemeinsamer Grundlage im Rahmen der Bildungspolitik der Bundesregierung. Unser Arbeits- und Forschungsprogramm konzentriert sich auf Leitthemen, die für die Berufsbildungspolitik, -praxis und -forschung wichtig sind.
- Wir entwickeln unsere Dienstleistungen im Dialog mit Politik, Praxis und Wissenschaft. Unsere Stärke liegt in der Verbindung von Forschung, Entwicklung und Beratung. Auf dieser Grundlage betreiben wir Berufsbildungsforschung, konzipieren und führen Programme durch, entwickeln Aus- und Fortbildungsordnungen und beraten prozess- und ergebnisorientiert.
- Mit unserer Berufsbildungsforschung übernehmen wir eine aktive Rolle im Wissenschaftssystem.



September 2007

Der 5. BIBB-Fachkongress „Zukunft berufliche Bildung: Potenziale mobilisieren – Veränderungen gestalten“ findet in Düsseldorf statt. In 8 Foren und 37 Arbeitskreisen bietet der Kongress 2.000 Expertinnen und Experten die Möglichkeit, sich über die neuesten Erkenntnisse und Entwicklungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu informieren.





April 2008

Das Forschungsdatenzentrum (FDZ) des BIBB nimmt seinen Betrieb auf. Es soll Mikrodaten für externe und wissenschaftliche (nicht kommerzielle) Forschungszwecke bereitstellen.



April 2009

Das BIBB erstellt erstmalig einen eigenständigen Datenreport zum jährlichen Berufsbildungsbericht der Bundesregierung. Das Standardwerk erscheint mit umfangreichen Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland.

Oktober 2008

Das BIBB führt ein Qualitätsmanagement ein und meldet sich zur Zertifizierung nach den Standards der LQW (Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung) an.



Mai 2009

„Berufsbildung zukunftsfähig gestalten“: Das BIBB stellt sein aktuelles mittelfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm (2009–2012) vor.



November 2009

Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan besucht unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 das BIBB in Bonn.



Dezember 2008

Der Hauptausschuss stimmt der novellierten Ausbilder-Eignungsverordnung zu. Sie wird am 21. Januar 2009 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Das BIBB erarbeitet einen Rahmenplan für Anbieter von AEVO-Vorbereitungslehrgängen.



Mai 2010

Das BIBB wird 40! Aus diesem Anlass findet am 27. Mai in Bonn eine Festveranstaltung „40 Jahre BIBB: 40 Jahre Forschen – Beraten – Zukunft gestalten“ statt.



2010

Jubiläumsveranstaltung anlässlich 100 Jahre „Deutscher Ausschuss für Technisches Schulwesen“ (DATSCH) am 8.12.2008 im Deutschen Technikmuseum in Berlin



2008

2009



Impressum

Sonderbeilage zur Zeitschrift Berufsbildung
in Wissenschaft und Praxis – BWP
Ausgabe 3/2010

Auszug aus der Festschrift BIBB (Hrsg.):
„40 Jahre Bundesinstitut für Berufsbildung.
40 Jahre Forschen – Beraten – Zukunft gestalten“
Bonn 2010,
ISBN 978-3-88555-862-0

Herausgeber
Bundesinstitut für Berufsbildung,
Der Präsident
Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn

Konzeption und Redaktion
Dr. Ursula Werner

Bildredaktion
Edmund Schenk

Gestaltung und Satz
Christiane Zay, Bielefeld

Herstellung
W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld